

Gezundheits
 ...
 ...
 ...

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Hochelagante gute Stoffe zu
Frack- und Gehrock-
Anzügen.
 Einzel-Verkauf:
 Schreiberbergasse 2
J. Unbescheid & Söhne.

Dresden, 1897.

Photographische Apparate
 in reichster Auswahl
 bei
Emil Wünsche
 Moritzstr. 20
 (Nähe der Maximilians-Allee)
 Ausführlicher Catalog nach
 Maßgabe gegen 20 Pfg. in
 Briefmarken.

Carl Tiedemann, Hoflieferant Gebr. 1833.
Emaillglasur-Lackfarben
 ...
 ...
 ...

„Invalidendank“
 Dresden, Seestraße 5, I.
 Fernsprechstelle 1117.
 I. Anzeigen-Expedition für alle Zeitungen.
 II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
 III. Effekten-Kontrolle unter Garantie.
 IV. Kollektion der Räder, Landeslotterie.

Familien-
Stroh-
Schneider-
Schuhmacher-
Nähmaschinen
H. Grossmann, Nähmaschinenfabr. Chemnitz-
 strasse 26.
 Waisenhausstr. 5. Striebsenerstr. 18.

Solide, elegante deutsche und englische Tuchwaren
 empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst **C. H. Henne, 20 Marienstrasse 20, Ecke Margarethenstrasse (3 Raben).**

Mr. 24. Spiegel: Eine Schmäbung Wilhelms des Grossen. Vorträge. Ausstellungen. Vorträge. Radreifen. Dampfbetrieb. ... **Sonntag, 24. Jan.**

Für die Monate Februar und März
 werden Bestellungen auf die „Dresdner Nachrichten“ für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **1 Mark 70 Pfennigen**, für auswärtig bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu **1 Mark 84 Pfennigen**, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu **1 Gulden 69 Kreuzern** angenommen.
Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“, Marienstrasse 38, Erdgeschoss.

Das die Sozialdemokraten ausgesprochene Feinde der Monarchie sind und deren Sturz erstreben, ist eine Thatsache, für die es ja längst eines Beweises nicht mehr bedarf. An antimonarchischen Manifestationen im Parlament, im Reichstage, im lässlichen Landtage und anderwärts haben sie es zu keiner Zeit fehlen lassen. Dabei bietet ihre neueste Rundgebung im Nothen Hause in Berlin an und für sich trotz ihrer Unschlüssigkeit nichts Ueberraschendes. Sie ist nur insofern charakteristisch, als sie als Quittung betrachtet werden muß für die Behandlung, die man der Sozialdemokratie seit dem Beginn des Sozialistengesetzes hat angedeihen lassen. Der Sozialdemokrat wurde im Verlaufe der letzten sieben Jahre förmlich die Ueberzeugung aufgedrängt, daß alle Ausdrücke ihrer revolutionären Gesinnung, alle Erträge gegen die herrschende Ordnung im Parlament, in der Presse, in den Versammlungen ungehindert erfolgen dürften. Von fast allen Seiten wird mit ihr unterhandelt und paktirt, als ob sie nicht bloss ein berechtigter, sondern ein unentbehrlicher Faktor im öffentlichen Leben wäre. In der Reichskommission für Arbeiterstatistik haben notorische Sozialdemokraten, deren Stimme gehört und beachtet wird, wie dies u. A. die Väterzeitung erkennen läßt. Von berufener Stelle ist ihr sogar einmal der internationale, vaterlandlose Charakter abgeprochen worden. Ein hochgeschätzter Herr hat sich zu Singen bemüht, um Schonung für das Andenken Kaiser Wilhelm's I. zu erbitten; wie beschämend und demütigend erachtet heute ein solcher Vitzgang angesichts des Vorgangs in der Berliner Stadtvertretung. Wiederholt hat der Kaiser einen kraftvollen Appell an das gesamte Volk gerichtet, sich zur Abwehr gegen die Umsturzpartei zu emmannen. Aber die Regierung, die doch auch zum Volke gehört und was als dessen vornehmste Führerin, hat sich aus ihrer Unthätigkeit nicht aufräumen lassen. Bei der Behandlung des verunglückten Umsturzgeheimnisses betritt der Reichslandtagspräsident ausdrücklich das Gebiet der Sozialdemokratie gerichtet ist. Die Reichsverordnungen, die die Führer der rothen Internationale fortgesetzt gegen Staat und Gesellschaft gerichtet haben, sind unbeantwortet geblieben. Sobald von einschlägiger Seite die Nothwendigkeit eines neuen Ausnahmegesetzes geltend gemacht wurde, erhob sich bis in die Reihen der nationalen Parteien hinein ein heftiger Widerstand, und die Regierung reagierte jedesmal mit einem Befehl zum Danksagen, indem sie die Reichstagsopposition für unüberwindlich erklärte. Warum sollen sich da die Sozialdemokraten noch irgend welche Schranken auferlegen und die Janggeheul nicht? Sie vertrauen auf die Allseitigkeit und Schwäche der regierenden Kreise, auf die Uneinigkeit und Verbottheit der bürgerlichen Parteien, die zum Theil die sozialdemokratische Konkurrenz doppelt fürchten, wenn durchgreifende Massregeln ergriffen werden sollen, um der Verbreitung der sozialistischen Verleumdungen ein Ende zu thun. Wie haben die Sozialdemokraten während der nationalen Erinnerungsfeste ein ganzes Jahr lang tagtäglich Alles verhöhnt, was unserem vaterländischen Gemüthe heilig ist, und wie oft ist in dieser Zeit aus den patriotischen Reihen der Enttäuschung erlöset? Wie kann das geduldet werden, wie lange noch sollen wir mit lebenden Augen ungeliebt das Werk der Revolution zertrümmern lassen? Aber eine Säule haben alle jene Vaterlandsverräter bisher nicht gefunden; vielmehr haben daraus die sozialdemokratischen Führer einen Ansporn entnommen, in der planmäßigen Verächtung alles patriotischen, nationalen und monarchischen Gemüths fortzufahren. Der brutale Ertrag in der letzten Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist ein neues Symptom des zunehmenden Siegesbewusstseins der Umstürzer, die sich in ihrer Begeisterung vom Donnerstags darauf zu berufen wagten, daß sie sich in ihrem Doh gegen Kaiser Wilhelm I. eins wissen mit der gesamten arbeitenden Bevölkerung. Soll auch dieses Symptom unbeachtet bleiben bei denen, die in erster Linie über die Zukunft unseres Volkes zu wachen haben?

haben würden, wenn wir die 3/4-prozentigen zu derselben Zeit begeben hätten, zu der die Begebung der 3-prozentigen erfolgte. Ich kann es daher nicht für unrichtig erkennen, daß wir den 3-prozentigen Typus gewählt haben. — Abg. Emmerich (nl.): Ein Schaden durch die Wahl des 3-prozentigen Typus ist nicht entstanden, wäre er aber wirklich entstanden, wie konnte dann Herr Lieber nicht der Frage Mann sein, der jetzt post festum darauf aufmerksam macht. — Abg. v. Kardoff (Reichsp.): Herr Viquel hat lange geschwankt und er hat sich auch nur zur Wahl der 3-prozentigen Norm bestimmen lassen durch die großen Bankstürze, die in ihre guten Gründe dazu gehabt haben mögen. Ich selbst habe stets die Begebung 3/4-prozentiger Anleihen mit Herrn Lieber für richtig gehalten. — Schatzsekretär Graf Solodowoff verteilte einen älteren Bericht des Finanzministers an den Kaiser, in welchem für die Wahl der 3-prozentigen Anleihen geltend gemacht wird, daß der Markt von 3/4-prozentigen Werthen überfüllt ist, auch nach Ansicht des Reichsbankpräsidenten, und daß das Bankensortiment erklärt habe, einen weiteren größeren Betrag 3/4-prozentiger Werthe nicht mehr zu übernehmen. — Der Etat der Reichsschuld wird genehmigt, ebenso der des Rechnungshofes. — Es folgt die erste Verabreichung der Unfallversicherungs-Novelle. Abg. Rönke (nationallib.): Bei den Versicherungsvereinen stünden Zeiten und Mittel im richtigen Verhältnis zu einander. Bei einer territorialen Gliederung der Unfallversicherung würde das schwerlich im gleichen Maße der Fall sein. Auch die Unfallversicherungsbedingungen würden nicht so zweckmäßig und wirksam sein können bei einer anderen als der berufsgenossenschaftlichen Gliederung. Die Höhe der Verwaltungsstellen lasse nach, und wenn erst der Leistungszustand eingetretet sei, so würden die Verwaltungsstellen sicher den Betrag von 10 Prozent der Entschädigungsbeträge nicht mehr übersteigen. Ein besonderer Vorzug der Berufsgenossenschaften ist ihre Selbstverwaltung. Nebenher befindet sich die Erhebung des Reichsversicherungsamts zu einem selbständigen Reichsamt. Er bemängelt, daß in den Einrichtungen des Reichsversicherungsamts Bundesratsmitglieder mitwirken und sogar an Wahl noch mehr werden sollten, denn diese seien doch unbedingt parteilich. (Widerpruch am Bundesrathstisch.) In der Novelle werde leider die Selbstständigkeit des Reichsversicherungsamts noch abgeschwächt. Zu wünschen sei, daß die Handwerker im weiteren Umfange in die Unfallversicherung herangezogen würden. Nebenher plaidirt sodann für die Herabsetzung der Carrenzzeit, da, wenn dies erfolge, die Berufsgenossenschaften noch mehr als schon bisher die Pflege Berufsgliederer den Krankenlassen gleich vom Tage des Unfalls ab übernehmen würden. Die Novelle bilde eine geeignete Unterlage für eine Verständigung. — Abg. Engel (Reichsp.) erkennt an, daß die Novelle eine Reihe von Verbesserungen bringe, so namentlich die Ausdehnung der Versicherung auf einige Klassen von Handwerkern. Nicht unbedenklich erscheine ihm aber die Einbeziehung von Postkassen in die Versicherung. Es werde das zur Folge haben, daß die Arbeitgeber die Arbeit für Postkassen werben. Großes Bedauern erwecke bei seinen Freunden auch die Bezeichnung des Reclus, sowie die Einbeziehung der Zuhälter beim der Berufsgenossenschaft. Nebenher plaidirt sodann für die Herabsetzung der Carrenzzeit, da, wenn dies erfolge, die Berufsgenossenschaften noch mehr als schon bisher die Pflege Berufsgliederer den Krankenlassen gleich vom Tage des Unfalls ab übernehmen würden. Die Novelle bilde eine geeignete Unterlage für eine Verständigung. — Abg. Engel (Reichsp.) erkennt an, daß die Novelle eine Reihe von Verbesserungen bringe, so namentlich die Ausdehnung der Versicherung auf einige Klassen von Handwerkern. Nicht unbedenklich erscheine ihm aber die Einbeziehung von Postkassen in die Versicherung. Es werde das zur Folge haben, daß die Arbeitgeber die Arbeit für Postkassen werben. Großes Bedauern erwecke bei seinen Freunden auch die Bezeichnung des Reclus, sowie die Einbeziehung der Zuhälter beim der Berufsgenossenschaft. Nebenher plaidirt sodann für die Herabsetzung der Carrenzzeit, da, wenn dies erfolge, die Berufsgenossenschaften noch mehr als schon bisher die Pflege Berufsgliederer den Krankenlassen gleich vom Tage des Unfalls ab übernehmen würden. Die Novelle bilde eine geeignete Unterlage für eine Verständigung.

Politisches.
 Die Führer der Sozialdemokratie haben sich wieder einmal eine antimonarchische Demonstration geliefert, die deutlich erkennen läßt, daß sie immer rücksichtsloser, ohne jede Furcht vor den Folgen, ihre revolutionären Gesinnungen und Absichten zu betätigen suchen, seit ihre Propaganda ungehindert geduldet wird und die offizielle Anerkennung ihrer Gleichberechtigung mit den übrigen Parteien genießt. Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat durch den Mund eines jüdischen Arztes Namens Fabel gegen die Bevölkerung einer Summe zur Feyer des hundertjährigen Geburtstags Kaiser Wilhelm's I. Protest erhoben und zwar mit einer sorgsam erwogenen Erklärung, deren schamloser Unsinns sogar bei der fortschrittlichen Mehrheit des städtischen Vertreterkollegiums der Reichshauptstadt das lebhafteste Mißfallen erregte; die Wogen der Aufregung, die während der Erklärung des Umstürzers wiederholt recht hoch gegangen waren, verminderten sich, nach dem Zeugnis eines selbständigen Berichterstatters, zum Schluß in eine wahre Sturmfluth der Enttäuschung. Allerdings ist in einer so empfinden rohen Weise, wie am Donnerstag im Nothen Hause in der Königstrasse in Berlin, noch nie in einer parlamentarischen Versammlung in Deutschland das Andenken des großen Heidenkaisers verunglimpft worden, selbst nicht durch den Gesinnungs- und Racengefessenen Dr. Babel's, Herrn Binkus Singer, als er im März 1894 im Reichstage das Verbrechen für ein Nationalverbrechen für Kaiser Wilhelm I. bestritt. Es fehlte nur noch, daß in der Protesterklärung der sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlin die Verbrechen eines Fabel und Nobiling, die im rothen „Vorwärts-Kalender“ als rühmendwerth vermerkt sind, als nachahmenswürdige Heldenthaten gepriesen wurden. Genirten sich doch die Singer, Fabel und Genossen keineswegs, der theuren Todten zu gedenken, die 1848 auf den Straßen Berlin im Kampf für das Volk gefallen sind. Die Erinnerung an den ersten deutschen Kaiser dient ihnen als willkommenes Anlaß zur Verherrlichung und Empfehlung der Revolution!
 Die Gehalt Kaiser Wilhelm's des Ersten in ihrer erhabenen Heiligkeit und schlichten Größe steht heute in den Herzen aller Decker, die noch weith sind, den Namen Deutsche zu führen, noch so fest, daß die nichtswürdigen Ausfälle jener Vaterlandsverächter und Vaterlandsverräter inhaltlich keiner Widerlegung bedürfen. Weil aber die Umstürzer wissen, daß sie sich um ein gutes Stück ihren Zielen genähert haben, erst wenn die Erinnerung an unsere nationalen Helden und deren Großthaten im Volke zu erlöschen beginnt, darum bestreben sie sich immer wieder, das monumentale Bild eines Kaiser Wilhelm I., eines Bismarck zu bejubeln, damit endlich der Restlos der Verhöhnung unserer großen geschichtlichen Helden den breiten Schichten verloren geht. Wie alle stichtlichen zu jucken sie auch alle historischen und persönlichen Werthe umzukehren. Geht es nicht vor Allem werden die Thatsache, daß Kaiser Wilhelm I. der Schöpfer des Deutschen Reichs, der Herr des europäischen Festlandes und der Bahnbrecher der großen sozialen Reformpolitik gewesen ist. Ihre Bewegung könnte nicht so stetig und unaufhaltsam wachsen, wenn das Bewußtsein besonders in den Arbeiterklassen ungetrübt lebendig bliebe, daß nirgends anderswo die Verpflichtung gegenüber der sozialen Frage so energisch erkannt und beachtet worden ist, wie in Deutschland von seinem großen Kaiser und dessen Kanzler. Damit die Früchte des ersten Erbes, das diese in der epochenmachenden sozialen Reformgesetzgebung den Arbeitern hinterlassen haben, nicht zur vollen Reife gelangen, betonen die Führer der Sozialdemokratie immer wieder ihr republikanisches Glaubensbekenntnis; deshalb inscenieren sie immer wieder neue Rundgebungen des Hasses gegen die Monarchie und deren Träger. Weil Kaiser Wilhelm der Erste in dem Herzen der deutschen Nation fortlebt als der Vater des Vaterlandes, weil diese Liebe und Verehrung eine nationale Kraft einschließt, die in ihrer ungemindert Stärke ein natürliches und unüberwindliches Gegengewicht gegen die umstürzerischen Strömungen bildet, darum wird die sozialdemokratische Führerschaft nicht eher von der Verunglimpfung dieses Fürsten ablassen, als bis sie erreicht hat, was sie damit bezweckt: die Erdbildung des monarchischen Bewußtseins im deutschen Volke. Ein Volk, das einen so großartigen Monarchen, wie es Kaiser Wilhelm der Erste gewesen ist, nicht mehr zu schätzen und zu ehren vermag, ist reif für eine Revolution, vor der Alles in Schutt und Trümmern sinken muß.

Bernschreib- und Fernschreib-Berichte vom 23. Januar.
 * Danzig. Im Poppoter Nordprozess wurde heute die Zeugenschaft beendet. Die Verhandlung ist auf Montag Voruntersuchung 10 Uhr verlegt; es sind nur noch die medizinischen Sachverständigen zu vernemen. Der Bericht über das Verbrechen an, daß er noch den Professor Bergmann in Berlin als Sachverständigen haben werde.
 Berlin. Reichstag. Eingegangen sind die Entwürfe zum Handelsgesetzbuch und zur Grundbuchordnung. Zu Berlin der Sitzung finden sich noch und nach etwa ein Duzend Abgeordnete ein. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Etat der Reichsschulden. — Abg. Dr. Lieber (Cent.): Will der Begebung von 3-prozentigen Anleihen sei offenbar zu früh vorgegangen worden. Wir hätten dieselben nur begeben mit 80/100 Prozent und dadurch 124,461,137 Mark weniger an Kapital erhalten, als wir an Schulden zugunommen haben. Wir müssen also auf einmal 123 Millionen Mark mehr tilgen, als wir erhalten haben. In Preußen liegt die Sache ähnlich. Dem Schöpfer des Reichsfinanzvertrags auf 18 Millionen Mark. Dem Schöpfer des Reichsfinanzreformgesetzes, Miquel, können wir somit insgesamt weit über 200 Millionen auf das Konto schreiben. Das ist der weitbewunderte Reformator im Reich und in Preußen. Wir hätten, wenn wir 3/4 Prozent gegeben hätten, weniger Zinsen gezahlt und viel weniger auch an Kapitalschuld auf uns geladen. — Schatzsekretär Graf Solodowoff: Der Markt war damals mit 3/4-prozentigen Papieren überfüllt. Hätten wir diese gewählt, so wäre daher voraussichtlich der Kurs stark gedrückt worden. Zu Gunsten des 3-prozentigen Typus spreche außerdem die Erwägung, daß wir währenddessen, ein Papier zu nehmen, welches möglichst im Umlauf bleibe. Mathematisch ist die Rechnung Lieber's richtig, aber eine genaue Berechnung vergleichender Natur ließe sich doch nur dann aufstellen, wenn wir zu gleicher Zeit 3- und 3/4-prozentige Papiere begeben hätten, so aber kann man gegen die Berechnung des Vordemers den Einwand erheben, daß man aus dem Durchschnittsbelegungskurs der 3-prozentigen Anleihen gar keinen Schluss ziehen, vielmehr gar nicht wisse, welchen Kurs wir erzielt

Berlin. Das Abgeordnetenhaus verhandelte heute über den Antrag Dr. Langens (freil. Volksp.) auf Aufhebung der Grundbuchlichen Konfiskationsordnung von 1873, auf Grund deren die Stadt Berlin neuerdings wiederholt zu Beiträgen von protestantischen Kirchenbauten herangezogen worden ist. Der Antragsteller bestritt, daß die Ordnung überhaupt noch zu Recht bestehe und wies den Gedanken einer Abänderung zurück. Kultusminister Dr. Hoffe erklärte, daß die Aufhebung nur gegen Abänderung erfolgen könne, sonst würde der Stadt Berlin ein erhebliches Gewicht gemacht. Das Richtige wäre ein freier Vergleich. Der Antrag wurde nach längerer Debatte einer vier Kommission übergeben. — Das Herrenhaus verhandelte heute über die Interpellation des Grafen Kintowitsch, ob es richtig sei, daß seit zwei Jahren die Königsberger Wassermühle Roggenmehl im Verhältnis von 87/100 (sogenanntes Reptunmehl) ausgeführt und dadurch durch den Staat ein erhebliche Hohlsteuer und die Landwirtschaft durch vermehrte Zollfreie Einfuhr geschädigt habe. Finanzminister Dr. Miquel gab die Thatsache zu. Die Mühle habe aber vollständig der betreffenden Bundesratsbehörde entsprechend korrekt gehandelt. Er habe selbst bei dem Reichsanwalt auf ein neues Verstellungsverfahren angetragen und eine besondere Kommission werde sich damit befassen. Angeblich wurde noch über den Antrag des Grafen Frankenberg um Abhilfe des Wagemangels auf den preussischen Staatsbahnen verhandelt. Minister Thielen theilte mit, daß im ganzen Dezember kein eigentlicher Wagemangel mehr geteilt habe, von Januar ab seien auch die Einzelstellungen vollständig erledigt worden. Der Antrag wurde der Regierung zur Berücksichtigung übergeben. Nächste Sitzung des Herrenhauses unbestimmt, wahrscheinlich Mitte Februar.
 Berlin. Die Nachricht, Prinz und Prinzessin Friedrich Leopold würden in Vertretung des Kaisers der Feier des Jubiläums der Königin von England beiwohnen, ist unbegründet. — Die Beratungen des Entwurfs einer Militärstrafprozessordnung und des dazu gehörigen Einführungsgesetzes haben in den zuständigen Bundesbehörden nunmehr begonnen. — Dem Ausschuss des deutschen Handelsstages wird bei seinem nächsten Zusammentritt ein Antrag zugehen, durch Vergrößerung der Bedingungen der Reichsbank und durch Freisetzung der Bedingungen, unter denen der Reichsbank die Ausgabe weiterer Noten gestattet ist, im Verkehr größere Mittel zu günstigeren Bedingungen als bisher zur Verfügung zu stellen. Der Antrag bezweckt wesentlich, den Diskontsatz niedriger zu gestalten, als er in vergangenen Jahren lange Zeit gewesen ist. — An amtlicher Stelle ist von einer angeblichen Festsetzung der Hauptstadt des Sultanats Dagombahendi durch eine deutsche Expedition vom Sogogebiet aus nichts bekannt. — Als unzutreffend wird ferner die Uebersetzung bezeichnet, wonach ein Nachkriegs-act der Kolonialverwaltung in Höhe von 2/3 Mill. M. für den Bau von Eisenbahnen, sowie für die Uebernahme der Landesbahnen auf Neu-Guinea bereits fertig gestellt sein soll. Es haben bisher in dieser Beziehung nur Vorverhandlungen stattgefunden.

Triumph-
 Seife
 für Hände
 und Hautpflege